

WAHLPLATTFORM

SP KANTON BERN

GROSSRATSWAHLEN 2018



Verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern am 12. September 2017
zuhanden des Parteitags vom 1. November 2017

Einleitung

Diese Wahlplattform bildet die thematische Grundlage der SP Kanton Bern für die Grossratswahlen vom 25. März 2018. Bei den letzten Wahlen 2014 hat die SP zwei Sitze verloren und verfügt noch über 33 Mandate. Zudem ging bei den Ersatzwahlen vom Frühling 2016 auch noch die rotgrüne Mehrheit im Regierungsrat verloren. Dadurch sind Mehrheiten für eine soziale und ökologische Politik im Kanton Bern noch schwieriger geworden. Bei den kommenden Wahlen muss das linksgrüne Lager dringend wieder gestärkt werden.

Thematisch stehen die Wahlen 2018 im Zeichen von Steuersenkungen für Unternehmen und Abbauplänen. Die bürgerlichen Parteien wissen ihre neuerdings doppelte Mehrheit zu nutzen und treiben die Umverteilung von unten nach oben voran. Obwohl der Kanton Bern die Unternehmenssteuerreform III so deutlich abgelehnt hat, wie kein anderer Kanton, halten die Bürgerlichen an ihren Steuersenkungsplänen fest.

Diese Unterwerfung unter das Diktat des Steuerwettbewerbs kann fatale Folgen haben, wie etwa das Beispiel des Kantons Luzern zeigt. Dort mussten Lehrpersonen und SchülerInnen Zwangsferien einlegen, weil dem Staat das Geld ausging. Im Kanton Bern rechnet man in einer ersten Phase mit einem Abbauprogramm von 185 Millionen Franken. Wenn die Bürgerlichen ihre Steuersenkungen ausbauen, muss mit weit mehr Abbau gerechnet werden. Dies gilt es unbedingt zu verhindern, denn die Folgen wären ein massiver Abbau bei Bildung, Gesundheit und Verkehr. Diese drei Themen stehen deshalb auch im Mittelpunkt unseres Wahlkampfes.

Das erste Jahr unter der doppelten bürgerlichen Mehrheit hat klar gezeigt, wie die Steuersenkungen finanziert werden sollen: Auf dem Buckel der Allgemeinheit. Die bürgerliche Sparwut macht dabei weder vor der externen Kinderbetreuung noch vor der Pflege von kranken Menschen oder vor Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen halt. Dies zeigt, wie stark der Abbau von öffentlichen Dienstleistungen die privaten Haushalte belastet. Aufgaben wie Kinderbetreuung und Pflege müssen noch mehr von den Familien selbst erbracht werden. Dies hat einschneidende finanzielle Konsequenzen bis ins hohe Alter, insbesondere für die Frauen, die heute den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit erbringen. Auch wenn wir einiges mit Vorstössen oder einem Referendum korrigieren konnten, bleibt dennoch die Erkenntnis, dass die sozialen Kräfte endlich wieder gestärkt werden müssen.

Für uns stehen Chancengerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie für Menschen mit Behinderungen zuoberst auf der Agenda. Als einzige Partei treten wir mit getrennten Frauen- und Männerlisten an. Uns ist es wichtig, dass Arbeit korrekt und fair bezahlt wird. Dazu braucht es existenzsichernde Mindestlöhne und Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern. Weiter stehen wir klar für die Zweisprachigkeit ein, denn der Kanton Bern hat eine wichtige Brückenfunktion zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Die SP will eine Gesellschaft, in der alle teilhaben können. Die SP steht für alle statt für wenige.

Bildung, Arbeit und Innovation

Gute Bildung und Innovation gehören zu den wichtigsten Ressourcen der Schweiz und des Kantons Bern. Dazu gilt es Sorge zu tragen. Lebenslange Bildung ist nicht nur der Schlüssel für soziale Sicherheit und eine funktionierende Wirtschaft, sondern auch ein Ziel an sich. Dank Innovationen gelingt es trotz wachsendem internationalen Druck Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu erschaffen. Investitionen in Bildung und familienfreundliche Arbeitsmodelle sind wichtiger für Wirtschaft und lokales Gewerbe als Steuersenkungen.

Frühförderung

Für die gute Bildung und gleiche Startchancen aller Kinder ist Frühförderung zentral. Angebote wie das Projekt «Primano» sollen auf den ganzen Kanton ausgedehnt werden. Wichtig für gute Förderung ist ein adäquates Angebot an Kitaplätzen, gute Betreuungsqualität, gut ausgebildetes Personal und bezahlbare Preise.

Bildung

Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf gute Schulbildung und Lernbedingungen. Dazu braucht es genügend gut ausgebildetes Lehrpersonal mit guten Arbeitsbedingungen, integrative Schulmodelle und genügend Mittel. Die Schule ist Lern- und Lebensort mit guter schulergänzender Betreuungsstruktur und fließenden Übergängen zwischen Bildung und Betreuung. Zur ganzheitlichen Betreuungsstruktur gehören Kitas, Tages- und Ganztagschulen sowie Ferienbetreuung. Es braucht verbindliche kantonale Grundlagen, um die Betreuungsstrukturen flächendeckend einzuführen und qualitativ weiterzuentwickeln. Ein gutes, bezahlbares Angebot erhöht die Chancengerechtigkeit und erleichtert Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Berufsschulen dürfen nicht der Sparwut zum Opfer fallen, sie sollen vielfältige und umfassende Lehrgänge ermöglichen. Brückenangebote sichern hohe Abschlussquoten und verhindern, dass Jugendliche die Volksschule ohne Anschluss verlassen. Der Kanton braucht ein breites und vielfältiges Bildungsangebot, auch bei Mittel- und Hochschulen, sowie gute und preiswerte Weiterbildungsmöglichkeiten.

Kultur

Als zweisprachiger Kanton muss Bern eine Brückenfunktion zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Kultur wahrnehmen. Kultur braucht Freiräume in Form von Infrastruktur, bezahlbarem oder kostenlosem Raum und finanzieller Unterstützung. Deshalb müssen genügend Mittel für die Kulturförderung zur Verfügung stehen. Die Teilnahme am kulturellen Leben soll der ganzen Bevölkerung möglich sein.

Innovation

Weitläufigkeit und teils gebirgige Landschaft sind typisch für den Kanton Bern. Mit Innovationen kann die positive Entwicklung aller Regionen gelingen. Projekte wie der Innovationspark Biel, das Translationszentrum Siteminsel in Bern oder der ETH-Forschungsstandort Thun sind dafür zentral. Investitionen in nachhaltige Forschung sichern Arbeitsplätze und schaffen neue. Entwicklungen wie die Industrie 4.0 bringen auch grosse Herausforderungen mit sich. Der Kanton muss zusehen, dass sie den Menschen Chancen bringen.

Arbeit

Arbeit muss fair entlohnt werden, unabhängig vom Geschlecht. Der Kanton soll in Sachen Frauenvertretung in Kaderpositionen und Lohngleichheit als Arbeit- und Auftraggeber sowie Leistungserbringer Vorbild sein und Handlungsmöglichkeiten gegenüber der Privatwirtschaft nutzen. Frauen sind von tiefen Löhnen besonders betroffen, da sie öfter im Billiglohnsektor arbeiten. Die Löhne in diesen Branchen müssen steigen, auch mithilfe eines existenzsichernden Mindestlohns. Der Kanton nutzt mit klugen Investitionen die Digitalisierung für den wirtschaftlichen Erfolg. Gut ausgebildete Arbeitnehmende motivieren Unternehmen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehören Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote sowie leistungsfähige Regionale Arbeitsvermittlungszentren. Gute Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zentral. Dafür braucht es eine umfassende Politik, die die Lebensqualität der Kinder und Eltern steigert.

Die 3 Hauptforderungen der SP sind:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Mehr Investitionen in Forschung
- Existenzsichernder Mindestlohn

Das droht beim Abbauprogramm:

- Abbau bei Lehr- und Betreuungspersonen
- Der Forschungsstandort fällt zurück
- Arbeitsplätze gehen verloren

A-01: Geschäftsleitung SP Kanton Bern. Antrag 1: *Ergänzung Forderung drei
„Mehr Investitionen in Bildung und Forschung“*

Begründung: *Die Bildung ist das wichtigste Gut einer Gesellschaft und muss deshalb auch weiterhin gefördert werden. Eine qualitativ hochwertige Bildung ist ohne Investitionen in diesen Bereich nicht möglich.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Gesundheit, soziale Sicherheit und Integration

Eine Gesellschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Deshalb braucht es ein besonderes Augenmerk auf die soziale Sicherheit und Gleichheit. Der Kanton Bern muss garantieren, dass alle Menschen hier ein gutes Leben führen können. Die Gesundheit ist ein wichtiger Teil davon. Der Kanton Bern muss sicherstellen, dass alle Regionen Zugang zur medizinischen Grundversorgung haben.

Soziale Sicherheit

Sozialhilfe soll allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Die von allen Kantonen vereinbarten SKOS-Richtlinien müssen eingehalten werden. Nur so wird garantiert, dass niemand unter dem sozialen Existenzminimum leben muss. Darüber hinaus braucht es gezielte Massnahmen wie zum Beispiel Ergänzungsleistungen, um das Armutsrisiko zu verringern. Dank guten Beratungsangeboten können Menschen in Schwierigkeiten frühzeitig unterstützt werden. Um Armut zu bekämpfen, braucht es gute unterstützende Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel gute und bezahlbare Kinderbetreuungsangebote. Dies erlaubt es auch Alleinerziehenden im Arbeitsmarkt zu bleiben und verbessert die Chancengerechtigkeit von armutsbetroffenen Kindern. Zudem sind existenzsichernde Löhne und gleicher Lohn für gleiche Arbeit für die Armutsbekämpfung, gerade auch im Rentenalter, zentral.

A-02: Geschäftsleitung SP Kanton Bern, Antrag 2: Ergänzung des Absatzes „Soziale Sicherheit“

„[...] Zudem sind existenzsichernde Löhne und gleicher Lohn für gleiche Arbeit für die Armutsbekämpfung, gerade auch im Rentenalter, zentral. Familien, bei denen die Eltern trotz Erwerbstätigkeit die Existenz der Familie nicht aus eigener Kraft sichern können, sollen mit Familienergänzungsleistungen unterstützt werden.“

Begründung: *Die Belastung durch steigende Mieten und Krankenkassenprämien betrifft Familien besonders stark. Zudem sind Kinder auch heute noch das grösste Armutsrisiko. Diesem Zustand soll mithilfe von Familienergänzungsleistungen Abhilfe geschaffen werden.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Und wer hier lebt, soll auch mitbestimmen können. Deshalb braucht es das kantonale Stimm- und Wahlrecht für Menschen ohne Schweizer Pass, die seit vielen Jahren in der Schweiz leben, sowie weniger Hürden bei der Einbürgerung. Asylsuchende und Flüchtlinge benötigen Integrationsmassnahmen von Beginn weg.

Medizinische Grundversorgung

Für den Kanton Bern ist die medizinische Grundversorgung allein aufgrund seiner Fläche eine Herausforderung. Da es nicht möglich ist, überall ein Spital zu betreiben, kommt der hausärztlichen Medizin eine sehr wichtige Aufgabe zu. Der Kanton muss Ärztenetzwerke, Gesundheitszentren, Geburtshäuser und Hebammenstrukturen fördern und dafür sorgen, dass es insbesondere auch in den ländlichen Regionen eine gute Gesundheitsversorgung gibt. Der Kanton muss in die Gesundheitsförderung investieren, denn sie ist die wichtigste Präventionsmassnahme für eine gesunde Gesellschaft.

Gesundheitskosten

Die Gesundheitskosten nehmen stetig zu. Für viele Menschen und gerade für Familien sind sie kaum mehr tragbar. Mit Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen kann der Kanton gezielt jene Personen unterstützen, die darauf angewiesen sind. Der Grundsatz muss sein, dass die monatlichen Krankenkassenprämien bei niemandem 10% des verfügbaren Einkommens übersteigen. Ambulante Angebote sollen weiter ausgebaut werden.

Leben im Alter

Die Menschen werden immer älter. Dennoch sollen sie so lange wie möglich selbstständig und unabhängig bleiben. Dazu braucht es die gezielte Förderung von altersgerechtem Wohnen, Anpassungen im öffentlichen Raum und Unterstützung von Diensten wie etwa der Spitex. Angebote für pflegende Angehörige müssen weiter auf-, ausgebaut und den Betroffenen bekannt gemacht werden. Damit ein würdiges Leben im Alter möglich ist, müssen die Renten regelmässig den steigenden Kosten angepasst werden.

Die 3 Hauptforderungen der SP sind:

- Sozialhilfe gemäss SKOS-Richtlinien
- Krankenkassenprämien maximal 10% des verfügbaren Einkommens
- Selbstständigkeit im Alter erhalten

Das droht beim Abbauprogramm:

- Armut nimmt zu
- Sinkende Qualität im Gesundheitswesen
- Überlastete Pflegeheime

Verkehr, Raumplanung und Energie

Der Kanton Bern ist vielfältig und verfügt über ganz unterschiedliche Regionen. Diese nachhaltig zu besiedeln und zu erschliessen ist deshalb eine gewaltige Herausforderung. Dabei gilt es, zu Umwelt und Landschaft Sorge zu tragen. Die einzelnen Regionen sind aufgrund ihrer Stärken und Schwächen gezielt und differenziert zu fördern. Die Anzahl Gemeinden ist durch Fusionen zu reduzieren.

Verkehr

Der Verkehr muss so nachhaltig wie möglich ausgestaltet werden. Es braucht einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs, damit alle Regionen gut erschlossen sind. Kleinräumig muss der ÖV durch ein attraktives und durchgängiges Fuss- und Velowegnetz ergänzt werden. ArbeitspendlerInnen nehmen vermehrt auch über grössere Distanzen das Velo, deshalb sind Velowege durch überregionale Planungen zu fördern. Auf diese Weise kann zukünftig auf einen weiteren Ausbau der Strasse verzichtet werden. Die Mobilität muss mittelfristig ohne fossile Treibstoffe erfolgen.

Raumplanung

Das Raumplanungsgesetz und der kantonale Richtplan geben die entsprechenden Vorgaben vor, diese müssen strikt umgesetzt werden. Der Kanton Bern soll zukünftig vorab in den Zentren und entlang den Entwicklungsachsen wachsen. In diesen vom ÖV bereits erschlossenen Gebieten soll genügend bezahlbarer Wohnraum entstehen. Insgesamt sollen die Gemeinden primär nach Innen wachsen. Im Gegenzug wird die noch unversehrte Landschaft besser geschützt. Bei der Ortsplanung sollen soziale und gesellschaftliche Bedürfnisse besser berücksichtigt werden. Denn für eine gute Lebensqualität braucht es Quartiere und Dörfer mit einer hohen Grundversorgung und zusätzlichen Freiräumen.

Wohnen

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat nach den grossen Städten auch die Agglomerationen und mittelgrossen Gemeinden erreicht. Hier muss der Kanton Bern die Kommunen unterstützen und gezielte Vorgaben machen. Mit der Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern und der konsequenten Abgabe im Baurecht kann er Druck vom überhitzten Immobilienmarkt nehmen und so zu mehr günstigen Wohnungen beitragen.

Energie

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossen. Nun braucht es für die Energiewende einerseits zusätzliche Investitionen in erneuerbare Energieträger und andererseits verbindliche Mindeststandards zur Verbesserung der Energieeffizienz. Gerade die Wasserkraft ist für den Kanton Bern eine grosse Chance; aber auch Windenergieprojekte wie etwa im Berner Jura gilt es zu fördern. Bei der Solarenergie sollen die BKW wie auch die lokalen Energieunternehmen eine Vorreiterrolle einnehmen und privates Engagement unterstützen. Gerade in landwirtschaftlichen Betrieben gibt es hierzu grosses Potenzial.

Umwelt- und Landschaftsschutz

Bei allen Bauprojekten gilt es immer den Umwelt- und Landschaftsschutz zu beachten. Gerade die Biodiversität muss erhalten und gefördert werden. Die schonende Nutzung der Ressourcen verbessert die Qualität der Luft und des Bodens. Insbesondere die Landwirtschaft muss hier in die Pflicht genommen werden und vermehrt auf biologischen Anbau umstellen.

Die 3 Hauptforderungen der SP sind:

- Ausbau des öV und der Velowege
- Förderung von bezahlbarem Wohnraum
- Investitionen in erneuerbare Energien

Das droht beim Abbauprogramm:

- Überfüllter öV und Staus
- Wohnen wird ungebremst teurer
- Die Energiewende bleibt stehen